

Oskar Weggel

Chinas Außenpolitik am Ende des 20. Jahrhunderts Teil 7: Schlußbetrachtungen und Fazit

Mit den vorliegenden Schlußbetrachtungen geht eine längere Serie über die chinesische Außenpolitik zu Ende, die im Heft C.a. Mai 1998 begann, sich in jedem der anschließenden Hefte fortsetzte und im Aprilheft 1999 ihre zwölfte Fortsetzung erreichte. Die Teile 1 bis 5, die bis November 1998 abgearbeitet waren, ließen sich unter die Überschrift „Allgemeine Außenpolitik“ stellen.

Teil 1 behandelte die außenpolitischen Gesetzmäßigkeiten, die sich im Verlauf einer vielhundertjährigen Geschichte als solche herauskristallisiert haben, die im wesentlichen aus drei Erinnerungsgesichten stammen, nämlich aus einer von (wirklichem oder vermeintlichem) glanzumstrahlten Kaiserzeit, des weiteren aber auch aus den „Demütigungen“ der Jahrzehnte nach dem verlorenen Opiumkrieg und nicht zuletzt aus den so überaus widersprüchlichen Erfahrungen der Republik China. Der Abschnitt endete mit einem Aufruf zur methodischen Neubeurteilung.

Teil 2 stellte die fünf großen Zielsetzungen in den Mittelpunkt, die China als (einstigen) Verfechter des Sozialismus, als Nationalstaat, als Bannerträger des Antihemonismus, als Entwicklungsstaat und nicht zuletzt auch als wiedererstandenes „Reich der Mitte“ abwechselnd verfolgt (hat), wobei diese Ziele zum Teil in diametralem Gegensatz zueinander stehen - und dadurch chinesische Außenpolitik als überaus widersprüchlich erscheinen lassen. Hinzu kommt eine weitere Zielsetzung (Z.6), nämlich die Herstellung von Interdependenz, die aus darstellungstechnischen Gründen erst im Besonderen Teil (und zwar im Januarheft 1999) behandelt wurde.

Teil 3 befaßte sich mit den Strategien, bei denen China seit dem Ende des maoistischen Zeitalters ebenfalls eine Wende um fast einhundertachtzig Grad vollzogen hat - von der Klassenkampfbezogenheit hin zur Wirtschaftsorientierung. Anstelle Linker oder Rechter Strategien werden heutzutage Partnerschaften und „allseitige Zusammenarbeit“ eingefordert.

Teil 4 widmete sich den Akteuren, die chinesische Außenpolitik gestalten und deren Kreis sich in den vergangenen Jahren laufend erweitert hat - angefangen von der KP, dem Staatsapparat und den halboffiziellen Brückenorganen bis hin zum Militär, zu den Geheimdiensten, zu den Provinzen und Wirtschaftssozialzonen, nicht zuletzt auch zu jener wachsenden Öffentlichkeit, die der formellen Außenpolitik zunehmende Elemente an „kleiner Politik“ einimpft.

In Teil 5 wurde schließlich der Wandel des außenpolitischen Arbeitsstils beschrieben - angefangen von den Aktionsebenen über die Gestaltungsmittel bis hin zu den großen Antinomien des außenpolitischen Erscheinungsbildes, die sich aus den Widersprüchen zwischen Tradition und Moderne ergeben.

Mit der Fortsetzung Nr.6 begann dann der „Besondere Teil“, der die Praxis der Beijinger Außenpolitik und ihre Gezeiten behandelt. In fünf Kapiteln, die zwischen Dezember 1998 und April 1999 erschienen, wurden die fünf Aktionsebenen ausgeleuchtet, auf denen sich chinesische Außenpolitik heutzutage entfaltet.

Gegenstand des 1.Kapitels war die Betrachtung des globalen Handlungsrahmens, nämlich der chinesischen UNO-Politik (Ebene Nr.1). Der multilaterale Handlungsrahmen (Ebene Nr.2) wurde zum Teil noch in Kapitel 1, zum größten Teil aber in Kapitel 2 (Januar 1999) behandelt, wobei auf die Hauptpartner im „pentapolaren“ Gefüge einzugehen war, nämlich auf die USA, Japan, die EU und auf Rußland. Am Ende von Kapitel 2 (C.a., 1999/1, S.42-44) wurde eine Änderung des Blickwinkels postuliert - Stichwort: „Interdependenz statt nationaler Interessen“.

Kapitel 3 (Februar 1999) leitete zu den regionalen Aspekten der chinesischen Außenpolitik über, wobei die Beziehungen zur APEC, zur ASEAN/AFTA, zu Zentralasien, zu Südasien sowie zu subregionalen Gebilden im Mittelpunkt standen.

Kapitel 4 befaßte sich mit den zwischenstaatlichen Aspekten (Ebene 4) und Kapitel 5 mit den Metamorphosen, die sich im Gefolge einer zunehmenden Bedeutung der „kleinen Politik“ ergeben, d.h. der Einbeziehung von Basis und Öffentlichkeit (April 1999).

Zweck des vorliegenden Kapitels ist es, die Grundgedanken der zwölfteligen Serie noch einmal Revue passieren und vor allem die Grundgedanken noch einmal holzschnittartig klar hervortreten zu lassen.

Das traditionelle China verstand sich als universalistisches Reich, dem Vorstellungen von Gleichberechtigung und staatlicher Außenpolitik unbekannt waren, und das daher in seinen Grundfesten erschüttert wurde, als es - nach dem verlorenen Opiumkrieg - unfreiwillig mit dem westlichen Völkerrechtssystem Bekanntschaft schließen mußte, in dem mehrere juristisch gleichgestellte Völkerrechtssubjekte nebeneinander agierten und dabei unterschiedliche „nationale Interessen“ verfolgten, wobei das „Recht des Stärkeren“ (und nicht etwa das moralisch bessere Anliegen) über Sieg oder Niederlage zu entscheiden pflegte.

Eine Versöhnung zwischen beiden so grundlegend verschiedenen Traditionen war offensichtlich unmöglich; und doch scheint der VR China - nach Jahrzehnten des Experimentierens - ein Brückenschlag zu gelingen.

Dieser Dreischritt zur Synthese sei hier in drei Kapiteln kurz nachvollzogen.

1.

Außenpolitischer „Zentralismus“: Das Erbe der Tradition

An die Grundbefunde der vom chinesischen Mandarinat 2.000 Jahre lang geübten „Außen“praxis muß sich ein westlicher Beobachter erst einmal gewöhnen: Handelte es sich beim „Reich der Mitte“ doch um einen politischen Kosmos, in dessen Vokabular nirgends das Wort „Außenpolitik“ auftauchte. *Zhongguo* kannte weit und breit keinen ebenbürtigen Partner und betrachtete sich folglich als „Polarstern“ (*beichen*), dem sich die Satelliten unterzuordnen und den sie ehrfurchtsvoll zu umkreisen hatten. Diese universalistische Vorstellung hatte fünf praktische Konsequenzen: Es gab (1) keine Außenorgane und kein Völkerrecht, (2) keine Außengrenzen und (3) keine „nationalen Interessen“ im modernen Sinn. „Außenpolitik“ wurde (4) statt dessen durch Pädagogik und Erziehung ersetzt – und erwies sich (5) schon dadurch als virtuelle Weltinnenpolitik, die auf weite Strecken hin mit Personalisierungsstrategien zu arbeiten versuchte.

Was bei der Revision des traditionellen Bestands zuerst ins Auge fällt, ist die Beobachtung, daß es nirgends Außenorgane im Sinne der modernen westlichen Staatenpraxis gab. Unter den klassischen „Sechs Ministerien“ (*liu bu*), die sich in Ansätzen bereits zur Han-Zeit herauskristallisiert hatten, gab es zwar Beamten-, Finanz- oder Justizressorts, nirgends jedoch einen diplomatischen Apparat, geschweige denn eine Außenwirtschaftsbürokratie. Außenangelegenheiten gehörten statt dessen zum Zuständigkeitsbereich des Ritenministeriums, das, wie der Name schon sagt, mit der Beaufsichtigung des staatlichen und höfischen Ritualwesens sowie mit der liturgisch korrekten Durchführung des „Tributsystems“ beauftragt war. Tributstaaten wie Korea, Annam oder Ryukyu waren verpflichtet, ihre Delegationen zu genau festgelegten Zeitpunkten zum chinesischen Thron zu entsenden, wo sie dem „Himmelsohn“ zu huldigen und vor allem jene Belehrungen entgegenzunehmen hatten, die ihnen bei der „Regulierung“ des eigenen Landes als Maßstab dienen sollten. Der „Tribut“-Begriff *gong* besteht aus den Schreibelementen für „Arbeit“ und „(Muschel-)Geld“: Die Überbringer sollten also nicht nur Gaben abliefern, sondern sich während des Tributaufenthalts vor allem „im Lernen verausgaben“ (*jin xin*). Bei genauerem Hinsehen war dieses Tributritual durchaus von außenpolitischen Kalkülen begleitet, insofern nämlich die Grenzprovinzen als Tore, die Tributstaaten rings um das Reich der Mitte aber als Mauern galten. Fielen die Mauern, so wären am Ende auch die Tore in Gefahr gewesen – und mit ihnen vielleicht sogar das eigene Haus! Erziehungs- und Sicherheitsüberlegungen gingen hier also Hand in Hand; trotzdem wäre es übertrieben, dieses Gemisch bereits als „Außenpolitik“ zu bezeichnen, zumal es bei ihm ja an den für moderne Außenpolitik so wichtigen Elementen wie der Anerkennung staatlicher Souveränität, nicht zuletzt aber auch an einem Völkerrecht fehlte.

Der vom Reich der Mitte praktizierte Doppelglaube an die Ungleichheit und an die Einzigartigkeit des *Zhongguo* verhinderte überdies, daß im traditionellen China jemals

Parallelen zum neuzeitlichen europäischen Konzept von einem „Konzert der Mächte“ aufkommen konnten. Nicht „Konzert der Mächte“, sondern „Völkerfamilie“ mit dem *pater familias* an der Spitze – dies war die „außenpolitische“ Grundvorstellung der Tradition. China war Familienvater, Leitbild und Lehrer. Als solches bedurfte es auch keiner festen, durch Grenzpfähle markierten Außengrenzen. Die Reichsmauern waren lediglich Defensivwälle gegen Steppennomaden – und hatten nichts mit moderner Grenzziehung zu tun; bestimmten sich die Grenzen doch noch nicht nach Geo- oder Ethnographie, sondern nach Zivilisationskriterien: Welche Hautfarbe andere Völker aufwiesen, welcher Rasse sie angehörten oder welche Götter sie anbeteten, pflegte für das Mandarinat ohne besonderes Interesse zu sein: Was zählte, war „Zivilisiertheit“ (im Sinne der konfuzianischen Vorstellungen) oder aber das Gegenteil davon – also „Barbarei“. Nur diese Dichotomie war dafür entscheidend, ob Völker „innen“ oder aber „außen“ standen.

Um die „äußeren“ Völker herüberzugewinnen und die „inneren“ nicht wieder zu verlieren, galt es, sie ständig zu belehren und sie außerdem, wo immer möglich, einzubinden: Diesem Doppelzweck diente einerseits das Tributritual, andererseits aber die Herstellung persönlicher Beziehungen:

- Tributritual: Die Welt weniger durch Diplomatie als durch die Erhabenheit des eigenen moralischen Vorbilds zu „zivilisieren“ – und *dadurch* zu stabilisieren: dies war der Hauptzweck des *jingongzhi*, des „Tributsystems“. Obwohl Tributrituale aus heutiger Sicht längst der Vergangenheit angehören, sind Reste davon in Fülle erhalten geblieben, vor allem in Form des für den „Arbeitsstil“ der Beijinger Außenpolitik so typischen Impansionismus, mit dem ein Verhalten gemeint ist, das – im Gegensatz zum Expansionismus – nicht auf Okkupation von Territorien, sondern auf die „Besetzung von Gehirnen“ abzielt, und das daher a priori mit *pädagogischen* Mitteln arbeitet, sei es nun, daß die Volksrepublik ihr Modell (und zwar einst das konfuzianische, später das maoistische, heutzutage das reformierte!) immer wieder zur Nachahmung empfiehlt oder daß notfalls sogar „Erziehungsfeldzüge“ durchgeführt werden. So waren beispielsweise noch die Kampagnen gegen Indien (1962) und gegen Vietnam (Frühjahr 1979) Exemplifizierungen eines pädagogischen Anspruchs. Für „Impansionisten“ gehört der Glaube an die Erziehbarkeit der internationalen Umwelt zum Credo, das mit moralischer Belehrung – und oft auch mit Besserwisserei – einhergeht. Es geht ihnen darum, Autorität und „Führung ohne Hegemonie“ zu erlangen: Sie wollen nicht das Territorium, sondern das Ohr und den Respekt der Nachbarn und zielen auf Verinnerlichung der Kontrolle ab.
- Personalisierung: Was das traditionelle China in seiner Nachbarschaft wünschte, waren nicht Völkerrechtssubjekte, sondern Schwiegersöhne und Vasallen. Heutzutage ist es vor allem das Streben nach guten persönlichen Beziehungen zu Repräsentanten anderer Staaten, das im Mittelpunkt chinesischer „Außenpolitik“ steht – man denke (im Idealfall) an das Verhältnis zwischen Zhou Enlai und Nixon oder zwischen Jiang Zemin und Clinton, aber auch an Dauerbemühungen

Beijings, über Institutionen wie ASEM (Asia Europe Meetings) und ARF (ASEAN Regional Forum) *guan-xi*, d.h. konstruktive Bindungen, herzustellen.

Das traditionelle China, von dem sich solche Theorien und Praktiken herleiten, war also, auf den Punkt gebracht, eine Macht, die in ihren Ordnungszielen zentralistisch und hierarchisch dachte, die sich der Personalisierung, der Familiarisierung und der Moralisierung als Mittel bediente und die in ihrem „Arbeitsstil“ ordnungsversessen, defensiv eingestellt und antimaritim ausgerichtet war.

Vor allem die letztgenannte Eigenschaft war es hauptsächlich, die dem Reich zum Verhängnis wurde, insofern die Angriffe des neuzeitlichen Hauptgegners, nämlich des westlichen Kolonialismus, nicht, wie seit Jahrhunderten gewohnt, von der Steppe, sondern vom Meer her erfolgten – und überdies auf eine Dynastie trafen, die zur Zeit der ersten gewaltsamen Auseinandersetzungen bereits im Abschwung begriffen war.

2. Außenpolitische Interdependenz: Die Lektionen der Moderne

Der Opiumkrieg von 1840/41, der mit einer vernichtenden Niederlage des Reichs der Mitte endete und in eine Phase des „Halbkolonialismus“ und der Demütigungen hinüberführte, wie sie selbst einem an zahllose Niederlagen gewöhnten China bisher unbekannt geblieben waren, leitete schmerzhaft Lernprozesse ein, in deren Verlauf das Reich zur Kenntnis nehmen mußte, daß es seine Rolle als „Polarstern“ längst ausgespielt und daß es sich gefälligst damit abzufinden hatte, fortan nur noch *eine* – und nicht einmal mehr die bedeutendste – unter mehreren miteinander konkurrierenden „Nationen“ zu sein.

China begann in diesem Zustand äußerster Niedergeschlagenheit vor allem drei Lektionen zu verinnerlichen, die sich in drei Hauptpostulaten niederschlugen: Souveränität, Gleichberechtigung und Antihegemonismus – in Erwartungen also, deren Kerngehalte schon fünf Jahre nach Gründung der Volksrepublik in die „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ einfließen, welche Beijing bis auf den heutigen Tag als Leitmotive seiner Außenpolitik hochhält.

An Maßstäben der Tradition gemessen, waren alle drei freilich mehr oder weniger Fremdkörper, die sich nur deshalb hatten einnisten können, weil China so viele Jahrzehnte lang „der Not und nicht dem eigenen Triebe hatte gehorchen“ müssen! Sie würden also wohl in *dem* Augenblick wieder an Verbindlichkeit einbüßen, da das Reich der Mitte neue Bedingungen im internationalen System vorfände, die das westliche Souveränitäts-, Völkerrechts- und Individualsystem ins Wanken brächten. In der Tat geschah dies schon während der „Zwei-Lager-Periode“ (1949 ff.), vor allem aber im Zeichen der nach dem Zeitalter des Bilateralismus hervortretenden weltweiten „Globalisierung“ (1991 ff.), die von den chinesischen Theoretikern als *quanqihua* zur Kenntnis genommen und als solche auf der Stelle begrüßt wurde, weil sich in diesem Umfeld für China die Chance eröffnete, dem westlichen Nationalen-Ansatz autochthon-chinesische Alternativen entgegenzusetzen.

3.

Brückenschlag zwischen alt und neu: „Z.6“

Seit Ausrufung der Volksrepublik im Oktober 1949 haben die Designer der Beijinger Außenpolitik den Rahmen ihres Aktionsfelds immer wieder neu abstecken müssen: Von der Bipolarität der Nachkriegszeit über das „Zwischenzonen“-Konstrukt der 60er und die „Drei-Welten“-Kategorisierung der 70er Jahre bis hin zum Neuentwurf einer fünfpoligen Konstellation in den 90er Jahren ist das Gelände in einem fort neu vermessen, umgeschnitten und mit anderen Gebrauchsanweisungen versehen worden, so daß zu vermuten ist, daß auch der mittlerweile entdeckte „Polyzentrismus“ lediglich ein Durchgangsstadium ist: hin vielleicht auf einen Langen Marsch zu einer Weltinnenpolitik, wie sie im Entwurf der konfuzianischen Tradition immer schon angelegt war – und zwar mit China als Mittelpunkt.

Daß dieses alte Weltbild freilich „wortwörtlich“ zu neuer Wirklichkeit erwachen könnte, glaubt auch in Beijing heutzutage kaum noch jemand. Hier wäre man vielmehr schon zufrieden, würde sich die VRCh mittelfristig wenigstens als eines jener fünf Zentren behaupten können, die sich gegenwärtig herauszukristallisieren beginnen: Nach einer neueren Beijinger Version befindet sich die Welt seit dem Zusammenbruch der bipolaren Ordnung ja in einem Prozeß der „Polyzentrierung“ (*duojihua*), die einerseits zu regionalen Neubildungen, andererseits vor allem aber zu einem „neuen“ Beziehungsverhältnis zwischen fünf *daguo* („Großmächten“) führt, nämlich China, Europa, Japan, Rußland und den USA. Diese Fünfergemeinschaft läßt sich graphisch als Quadrat mit den Außenecken China, Europa, Japan und Rußland – und mit den USA im Mittelpunkt der Diagonalen darstellen. Mit dieser Anordnung ergeben sich vier Dreiecke, an deren vielfältigen Verflechtungen nur eine einzige Macht umfassend teilhat, nämlich die USA, die sich schon dadurch als alleinige noch verbliebene Supermacht erweist.

Die Fünf haben sich als Teilnehmer dieses pentapolaren Systems vor allem dadurch qualifiziert, daß sie „Pol“-Fähigkeit besitzen, d.h. sich kraft ihres politischen und wirtschaftlichen Einflusses zu Hauptknoten im internationalen Netzwerk entwickeln konnten.

Angesichts dieser „Fünfpoligkeit“ fühlt man sich an die alte europäische Pentarchie, bestehend aus England, Frankreich, Österreich, Preußen und Rußland, erinnert, die vor allem dadurch charakterisiert war, daß jeweils vier Mitspieler die Neigung des fünften zur Vorherrschaft konterkarierten.

Mit Blick auf die Geschichte sowohl dieses fünfpoligen Europa als auch der eigenen Tradition dürften in der chinesischen Brust zwei Seelen miteinander kämpfen, nämlich einerseits das Verlangen, in der Hierarchie die Nr.1 zu sein, andererseits aber auch die Sehnsucht nach Gleichgewichtigkeit zwischen mehreren Zentren, wobei China übrigens mit der Zahl 5 gut leben kann, da sie seit altersher als magisches und heiliges Symbol gilt, das bereits im Luo-Dokument die Mitte des Zahlenreichs besetzt hielt und mit dem übrigens auch die Mittelpunktfunktion des traditionellen China markiert zu werden pflegte.

Mit der Herausbildung eines gleich fünfmal gepolten Ordnungsmodells verringern sich zwar die Aussichten Chinas, wieder zur Nr.1 zu werden, erhöht sich gleichzei-

tig aber die Möglichkeit, einem anderen Ideal der konfuzianischen Tradition zu neuem Leben zu verhelfen, nämlich dem „Beziehungs“-Ansatz, der bei einer aus nahezu 150 Nationen bestehenden Welt ohne Chance bliebe, bei einem Fünferclub allerdings jene Überschaubarkeit vorfände, wie sie für den Aufbau echter „Beziehungen“ nun einmal unentbehrlich sind.

Hier, im „Beziehungs“-Kontext, kommt nun ein methodischer Ansatz ins Spiel, der in China uralt, im Westen aber durchaus neu ist, und der den westlichen Theoretikern in Zukunft mehr zu schaffen machen dürfte, als ihnen lieb ist, weil es hier nämlich „ans Eingemachte“ geht, nämlich an die im westlichen Denken immer noch vorherrschenden „realistischen“ und „neorealistischen“ Ansätze der Morgenthau-Schule, die das „nationale Interesse“ in den Mittelpunkt gestellt – und damit nolens volens die abendländischen Prämissen vom „autonomen Individuum“ mitten in die Außenpolitik hineinprojiziert haben. Damit aber hatten sich Konstellationen herausgebildet, wie sie in der chinesischen Tradition ohne Parallele sind, ja auf das Gegenteil dessen hinauslaufen, was von konfuzianischen Schulen seit Jahrhunderten gepredigt wird, nämlich der geheiligten „Beziehungs“-Philosophie, bei der nicht das autonome Individuum, sondern das Geflecht *zwischen* den Einzelpersonen im Mittelpunkt steht. Es ist ja eine der Hauptlehren des Konfuzianismus, daß beim gesellschaftlichen Netz die Aufmerksamkeit nicht den Knoten, sondern den Maschen zu gelten hat und daß die Qualität einer Gesellschaft von der Solidität eben dieser *Verbindungs*-Elemente abhängt, daß also den *guanxi* („zwischenpersönlichen Beziehungen“) sowie den *lun* („Beziehungen“ in der klassischen Terminologie) unbedingte Präferenz eingeräumt wird.

Dieses Beziehungsdenken gilt analog auch im Bereich der *Außenpolitik*, wo dem einzelnen Individuum die Nation, den zwischenmenschlichen „Beziehungen“ aber die „Interdependenz“ entspricht.

Wo aber *Beziehungen* in den Vordergrund treten, steht nicht mehr die *einzelne Nation* mit ihren „Interessen“, sondern die *Interdependenz* zwischen diesen Nationen mit ihren Wechselseitigkeitspostulaten im Mittelpunkt, geht es nicht mehr in erster Linie um die „Sicherheit“ der einzelnen Nation, sondern um Frieden („Harmonie“) *zwischen* den am internationalen System Beteiligten, werden Konflikte nicht mehr ohne weiteres in Kauf genommen („nationale Interessen sind unantastbar!“), sondern, wo immer möglich, vermieden und findet kein Nullsummen-, sondern ein positives Summenspiel statt, da von Interdependenz nicht nur der einzelne auf Kosten des anderen, sondern da – bei „wechselseitiger“ Abstimmung – *jeder* einzelne (und dementsprechend auch jede Nation) profitieren kann.

Dieses Verwaschungsdenken war im Zeitalter Mao Zedongs zwar entschieden abgelehnt worden (damals galten Konflikte und internationaler Klassenkampf, Unvermeidbarkeit des Kriegs und Revolutionierung der Gesellschaft als „Normalerscheinungen“), ist seit Beginn der Reformen aber wieder an seinen alten Platz im gesellschaftlichen Denken zurückgekehrt – und hat damit eine Metamorphose bewirkt, die vom Großteil der Bevölkerung als „Re-normalisierung“ begriffen wird.

Kein Wunder, daß der Terminus „Interdependenz“ (*xi-*

anghu yicunxing) in chinesischen Erklärungen und Wortregelungen mittlerweile genauso beliebt ist wie „Multipolarisierung“ oder aber „Stabilität“ (*wending*).

Mit wachsender „Interdependenz“ verstärkt sich nach reformerischer Auffassung die Tendenz zu ständigen „Dialogen“ (*duihua*), zu „regelmäßigem Gedankenaustausch“ (*jingchangxingde jiaoliu*) und zu „umfassenderen regionalen und globalen Diskussionen“ (*geng guangfande diqu he quanqiuixingde taolun*). Der Zwang zur Interdependenz und zum Ausbau von „Beziehungen der neuen Art“ geht vor allem von der *wirtschaftlichen* Globalisierung aus, die zu einem „Trend“ (*qushi*) geworden ist und in deren Gefolge die Volkswirtschaften „gegenseitig immer abhängiger und beeinflubarer“ (*xianghu yicun, xianghu yinxian*) werden, woraus wiederum die Forderung erwächst, daß sich die beteiligten Länder an der Neugestaltung der „internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit“ (*guoji jingji hezuo*) „aktiv beteiligen“ (*jiji can hezuo*). Für fast alle Probleme, nicht zuletzt auch für die 1997 ausgebrochene asiatische Finanzkrise, gibt es, chinesischer Auffassung zufolge, eine Patentlösung, nämlich den Ausbau vertrauensvoller „Beziehungen“, die „langfristig stabil“ (*changqi wendingde*), „kameradschaftlich“ (*huoban-de*) und möglichst schon „aufs 21. Jahrhundert hin“ orientiert (*xiang 21 shijide*) sein sollten.

Ob neue politische oder „neue finanzielle Weltordnung“ (*guoji jin'e xin zhixu*) – stets geht es um Kooperation, um Dialog, um Abhaltung von „Foren“ (*luntan*) und damit letztlich wiederum um die Herstellung solider *guanxi*, die durch nichts zu ersetzen sind und die für ein besseres „gegenseitiges Verstehen“ (*xianghu liaojie*) selbst zwischen ursprünglich verfeindeten Parteien sorgen. Man achte hier vor allem auf den Begriff *xianghu* („wechselseitig“), der mit pochender Regelmäßigkeit wiederkehrt!

In der Übersetzung klingen all diese Begriffe gedrechselt, bürokratisch, unecht – und oft auch verlogen. Erst wenn man chinesische Originaltexte häufig genug gelesen und das Aroma der Terminologie zu spüren bekommen hat, das zumeist aus der Tiefe der Geschichte heraufkommt, weiß man, daß sich hier, fern aller Wortakrobatik, eine Philosophie zu Wort meldet, die den Chinesen seit der Verbreitung des Konfuzianismus während der Han-Zeit in Fleisch und Blut übergegangen ist und die in der Erkenntnis kulminiert, daß es nicht die einzelne Person und, im außenpolitischen Bereich, nicht die einzelne Nation ist, von deren Willen Friede und Stabilität abhängen, sondern daß es stets das *GROSSE DAZWISCHEN*, also die *strukturierte Beziehung* ist, auf die letztlich alles ankommt. Hier handelt es sich nicht um Lippenbekenntnisse, sondern um konfuzianisches Urgestein!

Kein Wunder, daß China, wie bereits betont, so großen Wert auf die weitere Ausgestaltung von Foren wie dem ASEM oder dem ARF legt.

Wer sein außenpolitisches ABC in der Schule Morgenthaus erlernt hat, wird zugegebenermaßen seine liebe Not haben, mit diesen Interdependenz- und Beziehungskategorien zurechtzukommen, geschweige denn sich mit ihnen anzufreunden. Gerade deshalb aber sollte die „neue“ chinesische Tonart vom westlichen Ausland besonders aufmerksam analysiert, wenn nicht verinnerlicht werden, da sonst die Gefahr aufkommt, daß außenpolitische Akteure ständig aneinander vorbeireden.

Die Renaissance des Interdependenz-Ansatzes im reformerischen China zwingt zu einer Neuordnung auch des übrigen Koordinatensystems: Zieht man nämlich an *einem* Faden, so verändert sich automatisch das ganze Gewebe. Nicht zuletzt gilt dies beispielsweise für die Neubewertung der *Ziele* chinesischer Außenpolitik. Bis in die frühen 80er Jahre hinein ließ sich Beijinger „Diplomatie“ noch mit Hilfe von fünf Zielsetzungen (sozialistisch, national, antihegemonistisch, modernisierungsbezogen und autoritätsbetont) umfassend ausloten – und hermeneutisch nachvollziehen. Mittlerweile aber erweist es sich als notwendig, eine weitere Kategorie – „Z.6“ – mit hinzuzuziehen, bei der es direkt um die *Herstellung von Interdependenz* geht – um eine außenpolitische Spielform jenes zwischenpersönlichen „Beziehungs“-Gefüges also, das den Konfuzianern seit jeher als A und O aller gesellschaftlichen Ordnung gegolten hat; man könnte in diesem Zusammenhang auch von „*guanxi*-gestützter Interdependenz“ sprechen.

Sollte es übrigens ein Zufall sein, daß China seine neue *guanxi*-Außenpolitik ausgerechnet mit zwei seiner schwierigsten Adressaten, nämlich mit Japan und Rußland, zum ersten Mal durchexerziert hat, wobei mit Rußland am 23. April 1997 sogar ein regelrechtes Partnerschaftsabkommen geschlossen wurde, das sowohl seinem zeitlichen („hinein ins 21. Jahrhundert“) als auch seinem inhaltlichen Gewicht nach als „strategisch“ (*zhanlüexingde*) sowie – wegen dreier angeblich innovativer Eigenschaften – überdies als Manifestation einer „Beziehung neuen Typs“ gilt!? Fordert es doch den Dialog in Permanenz, darf sich prinzipiell niemals gegen Dritte richten und wird als „umfassend“ interpretiert, insofern es wirtschaftlich-technologisch und kulturell, auf alle Fälle aber holistisch angelegt sein soll!

Beziehungen dieser ganzheitlichen Art sind mittlerweile auch mit Frankreich vereinbart worden und sollen, wenn es den chinesischen Ambitionen nach geht, eines Tages die Grundlage für das Beziehungsgefüge mit Europa insgesamt abgeben.

Zentrale „Rechtsgüter“ sind bei einer solchen Betrachtungsweise nicht mehr die „Interessen der einzelnen Nation“, sondern die Interessen einer (ihrer Natur nach übernationalen) Gesamtordnung, deren Wesensgehalt von den Chinesen mit zwei Kennworten indiziert wird: mit „Friede und Entwicklung“ nämlich.

Es hat den Anschein, als erteile die altkonfuzianische Beziehungsphilosophie auf die Herausforderungen des globalen „internationalen Systems“ weitaus passendere Antworten als die neorealistische Denkschule, die nichts Besseres anzubieten hat als Faustregeln für die Verteidigung „geheiligter“ nationaler Interessen. Wäre dies aber der Fall, so könnte China auf absehbare Zeit wieder seinen Lieblingspart als „Polarstern“ übernehmen, d.h. verstärkt impansionistisch agieren und innerhalb des „fünfpoligen Systems“ die Rolle eines primus inter pares übernehmen, wie sie dem immer noch nach fortbestehenden Selbstbild eines „Reichs der Mitte“ nun einmal angemessen ist.